



Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

15. Sitzung (öffentlich)

31. Oktober 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 13.30 Uhr

Vorsitz: Dr. Helmut Linssen (CDU)

Stenograf: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse: Seite

1 Technologieförderung in Nordrhein-Westfalen 2

Dem Bericht von Harald Schartau, Minister für Arbeit, Soziales, Qualifikation und Technologie, schließt sich eine Aussprache an.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2002 (Haushaltsgesetz 2002)

Drucksache 13/1400

Vorlagen 13/819, 13/883, 13/901 und 13/902

6

Der Ausschuss hat zum Einzelplan 10 und zum Einzelplan 15 keinen weiteren Nachfragebedarf. - Zum Einzelplan 8 liegt ein Fragenkatalog der Fraktion der CDU vor. Den Antworten der Landesregierung schließt sich jeweils eine Aussprache an.

3 Aktuelle Viertelstunde:**Landesbürgerschaft für die LTU**

13

Ernst Schwanhold, Minister für Wirtschaft, Mittelstand, Energie und Verkehr erstattet für die Landesregierung Bericht. Eine Aussprache schließt sich an.

4 Erteilung der Betriebserlaubnis und Ausstellung eines neuen Fahrzeugscheins durch die Technische Prüfstelle bei Änderungen an Fahrzeugen - Pilotversuch

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/1302
Vorlage 13/986

18

Der **Antrag** der Fraktion der FDP, Drucksache 13/1302, wird mit den Stimmen der FDP-Fraktion gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung durch die CDU-Fraktion **abgelehnt**.

5 Für einen wirtschaftlichen Aufbruch in NRW. Schluss mit der Politik der eingeschlafenen Hand

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/1516

in Verbindung damit

Für ein Reformpaket zur Belebung und Modernisierung der NRW-Wirtschaft

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/1519

19

Der Ausschuss berät die zum Tagesordnungspunkt vorgelegten Anträge erstmalig und verständigt sich darauf, in seiner November-Sitzung abschließend zu tagen.

6 Internationalisierung des nordrhein-westfälischen Mittelstandes stärken

Antrag der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/1602

23

Der Ausschuss führt zum Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seine erste Ausschussberatung durch und verständigt sich darauf, in seiner November-Sitzung abschließend zu tagen.

7 Neues e-Medium nutzen - Wertschöpfung am Standort NRW beschleunigen

Antrag der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/712

Vorlage 13/959

Zuschriften 13/789, 13/797, 13/822, 13/823, 13/824, 13/825, 13/833, 13/836,
13/837, 13/846, 13/852, 13/853, 13/854, 13/880, 13/881, 13/883, 13/891 und
13/898

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/755

24

Der Ausschuss verständigt sich nach seinem ersten Beratungsgang darauf, in seiner November-Sitzung abschließend zu beraten und einen von allen Fraktionen getragenen Antrag zu verabschieden.

8 **Gemeinwohlorientierte Leistungen als Teil des europäischen Gesellschaftsmodells**

Antrag der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/1223

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/1349

abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

26

Der Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 13/1223, wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP angenommen. Der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 13/1349, wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen das Votum der CDU-Fraktion abgelehnt.

9 **Ja zum effizienten Klimaschutz - Nein zur Zerstörung des Landschaftsbildes durch Windkraftgroßanlagen**

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/1247

Zuschriften 13/815, 13/816, 13/826, 13/827, 13/828, 13/829, 13/830, 13/843,
13/867, 13/868, 13/869, 13/870, 13/871, 13/878, 13/888, 13/914, 13/915,
13/916, 13/927, 13/938

Ausschussprotokoll 13/359

in Verbindung damit

Nachhaltige Nutzung der Windkraft in NRW setzt den Schutz von Menschen, Natur und Landschaft voraus

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/1312

in Verbindung damit

Konsequenzen aus der Windenergieanhörung: Die Windkraft in NRW im Dialog mit den Menschen vor Ort weiterentwickeln

Antrag der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/1609

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/1651

27

Der **Antrag der Fraktion der FDP "Ja zum effizienten Klimaschutz - Nein zur Zerstörung des Landschaftsbildes durch Windkraftgroßanlagen"**, Drucksache 13/1247, wird mit den Stimmen der FDP gegen das Votum von SPD, Grünen und CDU **abgelehnt**.

Der **Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**, Drucksache 13/1609 "Konsequenzen aus der Windenergieanhörung: Die Windkraft in NRW im Dialog mit den Menschen vor Ort weiterentwickeln" wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP **angenommen**.

Der **Entschließungsantrag der Fraktion der CDU**, Drucksache 13/1651, zum Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 13/1609, wird mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP gegen das Votum der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

10 Nachhaltige Landwirtschafts- und zukunftsweisende Verbraucherpolitik in NRW

Antrag der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/1300

abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

28

Der **Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**, nachhaltige Landwirtschafts- und zukunftsweisende Verbraucherpolitik für NRW, Drucksache 13/1300, wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP **angenommen**.

11 Digitales Medienland NRW - neue Perspektiven für öffentlichen und privaten Rundfunk

Antrag der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/1611

29

Der **Ausschuss** verständigt sich nach entsprechenden Hinweisen des Vorsitzenden darauf, die Behandlung des Antrags auf die nächste Sitzung des Ausschusses zu schieben.

12 Verschiedenes

- Siehe Seite 29 des Diskussionsteils

Aus zeitökonomischen Gründen heraus erklärt sich die **CDU-Fraktion** damit einverstanden, dass der Bericht zur "**Entwicklung der durchschnittlichen Förderkosten für deutsche Steinkohle im Vergleich zum Weltmarktpreis seit 1997**" schriftlich zur Verfügung gestellt wird.

Arbeitsministerium, nicht aber in einem Wirtschaftsressort oder technischen Fachbereich angesiedelt sei?

Minister Schartau antwortet, in Sachsen seien diese Bereiche im Arbeitsministerium zusammengefasst. - Nordrhein-Westfalen beschreite mit der Kombination von Qualifikation, Technologie und Arbeit einen neuen Weg, um ein innovatives Ergebnis zu formen. Er rechne mit einem Zeithorizont von zwei bis drei Jahren.

Christian Weisbrich (CDU) erinnert daran, dass die EU-Strukturförderung im Ruhrgebiet Ende 2006 definitiv auslaufe. Die Zeit bis zu diesem Termin solle genutzt werden, um das Ruhrgebiet mit vereinten Kräften nach vorne zu bringen. Er bitte um regelmäßige Zwischenberichte, wie weit sich die Ressorts ihrem Ziel der Innovation genähert hätten.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2002 (Haushaltsgesetz 2002)

Drucksache 13/1400

Vorlagen 13/819, 13/883, 13/901 und 13/902

Der Ausschuss hat zum **Einzelplan 10** und zum **Einzelplan 15** keinen weiteren Nachfragebedarf.

Zum **Einzelplan 08** habe, teilt **Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen** mit, die CDU-Fraktion ihre Nachfragen schriftlich eingereicht. Er bitte den Minister um Beantwortung.

Gegenwärtig könne er, bemerkt **Minister Schwanhold**, nicht ausschließen, dass die Ergebnisse der neuen Steuerschätzung noch für *Überraschungen* sorgen würden. Zutreffend sei die Feststellung, dass der Wirtschaftsetat 2002 im Vergleich zum Vorjahresetat abgesenkt werde, und zwar für die Kapitel 08 030 bis 08 060 um insgesamt 115 Millionen Euro. Der schriftliche Einführungsbericht seines Hauses - siehe Vorlage 13/819 - belege ausführlich und transparent, dass der Rückgang überwiegend darauf zurückzuführen sei, dass die so genannten alten Gemeinschaftsprogramme mit der Europäischen Union ausliefen. Allein dadurch sinke der Bedarf um fast 56 Millionen Euro. Bei den Kohlelehilfe ergebe sich ein Minderbedarf von rund 40 Millionen Euro. Die weiteren Veränderungen basierten auf dem Saldo von Minder- und Mehrausgaben. Die Minderausgaben beruhten zum einen auf einem niedrigeren Bedarf, zum anderen darauf, dass im Rahmen der Haushaltskonsolidierung und Prioritätensetzung - z. B. beim Handlungsrahmen Kohlegebiete und PROFIS - ausfinanziert werden solle. Demgegenüber könnten in der Technologieförderung sowie der Förderung des euregionalen

Zentrums für Luftverkehr und der Chemieinitiative deutliche Schwerpunkte gesetzt werden. Nordrhein-Westfalen gehöre - das wolle er bei der Gelegenheit betonen - zu den wenigen Ländern, die in der Lage seien, alle EU-Programme gegenzufinanzieren.

Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen möchte geklärt wissen, ob eventuelle Veränderungen in Form der Ergänzungsvorlage, die heute zugestellt werden solle, bei den Antworten, die im Folgenden erteilt würden, berücksichtigt seien.

Alle Antworten, stellt **Minister Schwanhold** klar, seien durch die erste Ergänzungsvorlage nicht tangiert.

Sodann wendet sich der Ausschuss der **Beantwortung** des **CDU-Fragenkatalogs** zu:

Kredite für KMU (Kapitel 08 030 - Titel 661 10):

a) Sind die Mittel für 2001 aufgebraucht worden?

Die Mittel seien, teilt **Ministerialdirigent Thomalla (MWMEV)** mit, noch nicht aufgebraucht. Von den veranschlagten 20 Millionen DM seien bisher nur 13 Millionen DM verausgabt worden. Trotz der schwierigen konjunkturellen Lage rechne das Ressort damit, dass weitere Fördermittel in Höhe von 6 bzw. 7 Millionen DM in Anspruch genommen würden.

b) Wie viel Fördermittel wurden beantragt, wie viel tatsächlich bewilligt?

Mit den Landesmitteln, so **Ministerialdirigent Thomalla (MWMEV)**, seien refinanzierte Kapitalfonds verbilligt worden, aus denen bis zum 30. September insgesamt rund 5.000 Kredite mit einem Kreditvolumen von ca. 600 Millionen DM bewilligt worden seien.

c) Was waren die Hauptgründe für eine Ablehnung von Förderanträgen?

Die Hauptgründe für die Ablehnung, informiert **Ministerialdirigent Thomalla (MWMEV)**, orientierten auf die Tragfähigkeit des Konzepts und die Möglichkeit der ordnungsgemäßen Rückzahlung.

d) **Könnte eine Richtlinienänderung zu einer besseren Ausnutzung des Förderprogramms führen?**

Nach Eindruck des Ministeriums, legt **MDgt Thomalla (MWMEV)** dar, würden die Förderprogramme ganz hervorragend ausgenutzt. Das verdeutlichten die Nachfragezahlen der letzten Jahre. - Vor zwei Jahren seien die so genannten "Nachrangdarlehen" für Unternehmen in der Aufbauphase aufgelegt worden. Dieses Instrument werde hervorragend angenommen, weil es mit einer hohen Sicherheit hinterlegt sei. In Abstimmung mit dem Finanzministerium und der Deutschen Ausgleichsbank sei geplant, das Nachrangdarlehen über den derzeit festgelegten Horizont auf acht Jahre auszudehnen. Die Darlehen würden bis zu einer Höhe von 600.000 DM und zu einem Zinssatz von derzeit 7 % (inklusive 2 % Haftungsprämie) vergeben. Die Landesregierung gehe davon aus, dass sich nach einer gewissen Zeit die Haftungsfreistellung durch die angesammelten Haftungsprämien selber finanzieren werde.

Dr. Gerhard Papke (FDP) macht darauf aufmerksam, dass auch im Haushaltsplanentwurf 2002 mehr als 50 % der Mittel für Zwecke der Existenzgründung speziell für Existenzgründerinnen reserviert seien. Er bitte um zusätzliche Informationen zur geschlechtsspezifischen Abfrage der Mittel. Würden die Mittel von vornherein reserviert? Wie wickle die Landesregierung die Mittelbewilligung konkret ab? Eine qualitative Kollision zwischen einem Existenzgründer und einer Existenzgründerin sei vorstellbar.

MDgt Thomalla (MWMEV) unterstreicht, die Qualität des Antrags sei geschlechtsunspezifisch letzten Endes das entscheidende Moment und die Reservierung nur theoretischer Natur. Die Mittel seien untereinander im Übrigen deckungsfähig. Soweit es um den geschlechtsspezifischen Stand gehe, werde sich das Ressort bei der Investitionsbank erkundigen und die gewonnenen Erkenntnisse nachreichen.

Zu den Technologie- und Investitionsprogrammen möchte **Rüdiger Sagel (GRÜNE)** wissen, wie die Erhöhung der Mittelzuwendungen an die privaten Unternehmen zustande komme. Mitnahmeeffekte wolle man keinen Vorschub leisten, sondern innovative Projekte vorantreiben. Er bitte um Erläuterung.

Abteilungsleiter Büttof (MWMEV) erläutert: Auch mit Blick auf die vorangegangenen Jahre habe das Antragsvolumen immer wesentlich höher gelegen als das Volumen der zur Verfügung stehenden Mittel. Durch die Erhöhung des Volumens im Bereich "Zuschüsse an private Unternehmen" sei diese Situation aufgefangen worden. Mit den Mitteln wolle die Landesregierung möglichst viele technologieorientierte Unternehmen unterstützen.

Minister Ernst Schwanhold greift den Hinweis auf mögliche "Mitnahmeeffekte" auf: Jedes Programm sei von Mitnahmeeffekten betroffen. Dieser Umstand sei auch aus den sozialen Sicherungssystemen bekannt, würde dort allerdings nicht derart thematisiert. Die Programme würden aufgelegt, um nach sachgerechter Prüfung die Mitnahmeeffekte auf ein Minimum zu reduzieren und größtmögliche Effizienz zu erreichen.

Dass Mitnahmeeffekte nicht völlig auszuschließen seien, könne er nachvollziehen, konzediert **Rüdiger Sagel (GRÜNE)**. Er habe mit seiner Frage auf die sehr auffällige Erhöhung aufmerksam machen wollen. - Der Minister setze sich im Übrigen für einen revolvingenden Fonds ein, sodass Gelder privater Unternehmen zurückfließen. Das sei eine alte Forderung der Grünen-Fraktion, die im Übrigen in die Koalitionsvereinbarung eingegangen sei. Wie sei der Verfahrensstand im aktuell diskutierten Bereich?

Die Umsetzung sei im Gange, teilt **Abteilungsleiter Bütof** mit. Das MWMEV und das MASQT erarbeiteten einen revolvingenden Fonds, der ab dem nächsten Jahr aufgelegt werde. Dort sollten zumindest die Gelder, die in die wachstumsstarken Bereiche der Technologieförderung fließen, revolvingend für Zwecke der Technologieförderung eingesetzt würden. Die Unternehmen sollten Zuschüsse in Form von Darlehen bekommen, die im Erfolgsfall in die Wirtschaftsförderung zurückfließen und revolvingend eingesetzt würden.

Bernhard Tenhumberg (CDU) fragt im Zusammenhang mit dem 8-Jahres-Zeitraum und der Existenzgründung nach, ob es sich bei den Investitionen um die so genannten Sprunginvestitionen handle. Warum seien diese - sofern seine Aussage zutrefte - gekürzt worden? Spiele es für die Landesregierung eine Rolle, in welcher Höhe sich die DtA oder die Investitionsbank auf dem europäischen Markt einkauften, um ohne Beteiligung der Landesregierung den Kreditzins für den Endabnehmer festzulegen?

MDgt Thomalla (MWMEV) betont, die Refinanzierung der DtA spiele eine entscheidende Rolle. Das Ministerium könne noch bessere Konditionen anbieten als in früheren Zeiten. - Die Sprunginvestitionen seien generell gültig.

Meistergründungsprämie - Kapitel 08 030

Titel 681 13

Zum Fragenkomplex betreffend die Meistergründungsprämie teilt **MDgt Thomalla (MWMEV)** mit, mit Stand vom 15. Oktober seien von 786 eingereichten Anträgen 760 bewilligt worden (Mittelvolumen: 15,2 Millionen DM). Soweit die Anträge bewilligungsfähig seien, würden sie bewilligt. In den vergangenen Jahren seien im Schnitt rund 1.200 Anträge eingereicht worden. Dieses Jahres rechne er mit 1.000 Anträgen. Dieses Niveau diene als

Berechnungsgrundlage für das kommende Jahr. Bisher sei kein Antrag wegen fehlender Haushaltsmittel abgelehnt worden. Das Ministerium gehe davon aus, dass mit dem Ansatz von 9 Millionen Euro im Jahr 2002 kein Antrag werde abgelehnt werden müssen.

Zur Meistergründungsprämie habe es, informiert **Minister Ernst Schwanhold**, im Vorfeld sehr intensive Gespräche mit den Fachverbänden gegeben. Diese hätten ausdrücklich begrüßt, dass kein Antrag aus Mangel an entsprechenden Mitteln werde abgelehnt werden müssen. Für bestimmte Regionen in Nordrhein-Westfalen sei über die Ziel-2-Mittel ein Ausgleich geschaffen worden, sodass Gründungen im Handwerksbereich mit Sicherheit nicht behindert würden. Der Beleihungswert sei auch zukünftig für den Aufbau der Unternehmen garantiert.

Zur Beratung für Existenzgründer teilt **MDgt Thomalla (MWMEV)** mit, mit Stand 4. Oktober habe es 1.689 Gründungsberatungen gegeben, die mit 6.080 Tagewerken bezuschusst worden seien. (Zuschussvolumen: 4,5 Millionen DM). 1.589 Begleitberatungen, die mit 5.613 Tagewerken bezuschusst worden seien, seien durchgeführt worden (Volumen: 4,2 Millionen DM). Die Mittelverschiebung von der Begleit- in die Gründungsberatung falle nach Sicht des Hauses sehr gering aus. Gegenüber dem Jahr 2000 habe es eine nur um 199 Fälle geringere Zahl bei der Gründungsberatung gegeben. Die Begleitberatung habe sich gegenüber dem Vorjahr um 121 Fälle verringert. Grund für eine Zunahme der Fälle in der Begleitberatung könne sein, dass in manchen Fällen die Antragsteller spezifische Fachberatungen in Anspruch nähmen und in der Rubrik "Begleitberatung" nicht mehr auftauchten.

Finanzierungshilfen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur - Kapitel 08 030 - TG 69

Seit Beginn des Haushaltsjahres 1998 stellt **MDgt Thomalla (MWMEV)** klar, bestehe für die Titelgruppe 69 ein Antragsstopp. Die Mittel seien insofern für bereits vorliegende Anträge verausgabt worden. Grob gesehen seien zwei Drittel der Mittel in Regionen geflossen, die nicht zur GA-Gruppe gehörten. Ein Drittel sei zur Unterstützung von Maßnahmen in GA-Gebieten verwandt worden. Dabei gehe es insbesondere um Projekte, die nicht aus Bundesmitteln, sondern nur über Landesmittel gefördert werden könnten, z. B. die Beratung von mit Stilllegung bedrohten Betriebsstätten.

Entgelt für die Durchführung von Förderprogrammen

MDgt Thomalla (MWMEV) erläutert, es bestehe überhaupt kein Zusammenhang zwischen der Verschiebung der Entgelte und der Abwicklung der Programme. Die Verschiebung begründe sich vielmehr damit, dass 40 Millionen DM aus der Titelgruppe 69 bisher zur Kofinanzierung der EU-Programme vorgesehen gewesen seien. Im Interesse der Haushalts-

wahrheit und Haushaltsklarheit seien diese Mittel jetzt im Bereich der EU-Mittel angesiedelt worden.

Die Erhöhung gehe darauf zurück, dass wegen der Bewilligung des neuen EU-Programms erst im Sommer ein Vertragsstau entstanden sei. Im nächsten Jahr werde nachgeholt werden müssen. Die Anforderungen im Zusammenhang mit dem Programm seien gestiegen. Die EU-Vorgaben seien enorm gewachsen. Die Europäische Union lege verstärkt Wert auf Controlling. Hierbei handele es sich auch um eine generelle Anforderung an alle EU-Mitgliedsstaaten, die von den Förderprogrammen profitierten.

Im Grunde genommen, so **Bernhard Tenhumberg (CDU)**, gehe es um regionale Wirtschaftsförderungsprogramme. In welcher Höhe würden Mittel aus dieser Haushaltsposition herangezogen, um Rechtsstreitigkeiten abzudecken? - Inwiefern habe das Land geprüft, ob es nicht auch Institutionen gebe, die die gewünschten Dienstleistungen preiswerter anbieten könnten? Sei die Verlagerung auf die Deutsche Ausgleichsbank bereits Ergebnis der Prüfungen gegenüber der Investitionsbank?

MDgt Thomalla (MWMEV) ergänzt zur regionalen Wirtschaftsförderung, dass in den vergangenen Jahren eine Verschiebung festgestellt worden sei, weg von Infrastrukturförderung hin zur gewerblichen Förderung. Die Investitionsbankentgelte seien bekannt und belegt, dass die Infrastrukturbetreuung durch die Bank weniger kostenaufwendig sei.

Angesichts von Hunderten abgewickelter Fälle falle die Zahl der Streitfälle im gewerblichen Bereich mit 5 % nicht ins Gewicht.

Der Wettbewerbsaspekt sei im Vorfeld geprüft worden. Die Investitionsbank und die Deutsche Ausgleichsbank seien eingefahrene Förderinstitute im diskutierten Zusammenhang. Die Aufwendungen bewegten sich in einem vernünftigen Rahmen. Es bestehe kein Anlass, die Träger zu wechseln.

Bernhard Tenhumberg (CDU) möchte wissen, ob alle Hausbanken die gleichen Anteile bekämen. Würden Banken bei der Abwicklung der Programme höher bedacht? - Ein solcher Zusammenhang sei ihm nicht bekannt, antwortet **MDgt Thomalla (MWMEV)**. Er gehe davon aus, dass alle Banken für die gleiche Arbeit gleich entlohnt würden. - Diese Frage, schließt **Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen** an, wäre insofern direkt an die Investitionsbank zu richten.

Förderung der Außenwirtschaft - Kapitel 08 030 TG 68

Zur Frage, weshalb der entsprechende Mittelansatz um 0,37 Millionen Euro gekürzt werde, wenn die Landesregierung die Globalisierung der Wirtschaft Nordrhein-Westfalens durch eine Außenwirtschaftskampagne zum Schwerpunktthema erklärt habe, teilt **Abteilungsleiter Büttof**

(MWMEV), mit, Gestaltungsmöglichkeiten müssten auch über den effizienteren und nicht nur einen höheren Ansatz an Mitteln erreicht werden. Vom revolving Fonds und dem Mittelrückfluss sei bereits die Rede gewesen. Im Außenwirtschaftsbereich werde dieser Weg über Public Private Partnerships beschritten. Des Weiteren werde die Konzentration auf Schwerpunktländer dabei helfen, Mittel zielgerichteter einzusetzen.

Die Außenwirtschaftsoffensive werde konsensual als wichtiger Bereich der Wirtschaftspolitik des Landes gesehen, stellt **Dr. Gerhard Papke (FDP)** fest. Nach ihm vorliegenden Informationen beabsichtige die SPD-Fraktion, das REN-Programm auslaufen zu lassen. Dieses Programm binde derzeit noch 25 Millionen Euro, die zur Unterstützung der Außenwirtschaftsoffensive herangezogen werden könnten.

Für die Außenwirtschaftsoffensive in Mittel- und Osteuropa, so **Minister Schwanhold**, seien weitere 1,25 Millionen Euro eingesetzt worden. - Zum Refinanzierungsaspekt: Im Wolga-Don-Verein leisteten die Mitgliedsfirmen einen erheblichen Beitrag, sodass in der Außenwirtschaft verstärkt Initiativen gefahren werden könnten. Er rechne damit, dass im Laufe der beiden nächsten Jahre der Zuschuss des Landes für diese Region nach und nach bis auf null zurückgeführt werden könne, weil er sich aus sich selbst heraus finanziere. Ähnliche Modelle wolle die Landesregierung in anderen Regionen ebenfalls einsetzen.

Abgesehen davon, dass das REN-Programm nach seiner Kenntnis nicht auslaufen solle, habe der Abgeordnete Papke verschwiegen, an welchen Stellen die SPD-Fraktion weitere Schwerpunkte setzen wolle. Angesichts der Sparzwänge sehe er keine Möglichkeit, "weiteres Geld in die Hand zu nehmen".

Begleitmaßnahmen zur Gründungsoffensive NRW - Kapitel 08 030 TG 70

Die Frage, für welche Geschäftsbesorgungsverträge 600.000 Euro eingestellt werden sollten, beantwortet **MDgt Thomalla (MWMEV)** wie folgt: Es handele sich um lediglich einen einzigen Vertrag mit einer PR-Agentur.

Dr. Gerhard Papke (FDP) möchte im Anschluss an diese Information wissen, ob dieselbe Werbeagentur auch für den Bereich der Mittelstandsoffensive beauftragt worden sei. Der Ansatz werde um ungefähr 600.000 Euro erhöht. - Die Agentur leiste, so **MDgt Thomalla (MWMEV)**, auch für den Mittelstandsbereich PR-Arbeit. Nicht ausschließen könne er, dass für spezielle Themen eine weitere Agentur beauftragt worden sei. - Entsprechende Detailinformationen werde das Ministerium nachreichen.

In Zusammenhang mit dem **Wirtschaftshaushalt - insbesondere den Ansätzen für die Förderung des Mittelstandes** - moniert **Christian Weisbrich (CDU)**, dass speziell die

Ansätze für die Förderung des Mittelstandes im vorgelegten Entwurf bereits überproportional gekürzt worden seien. Könnte das Ministerium ausschließen, dass diese Ansätze aufgrund der vom Bundesfinanzminister angekündigten geringeren Steuereinnahmen noch weiter zusammengestrichen würden? - Dass die Beratungsgrundlage vor dem Hintergrund in weiten Bereichen bereits Makulatur sei, sei äußerst bedauerlich und für die Beratungen ineffizient. Er appelliere an das Wirtschaftsministerium, die noch nicht betroffenen Bereiche des Wirtschafts-etats in den anstehenden Verhandlungen mit dem Finanzminister vehement zu verteidigen. Die Probleme Nordrhein-Westfalens könnten eben nicht nur über einen Sparkurs gelöst werden. Für die zukünftig anstehenden Probleme sei ein angemessenes Wirtschaftswachstum Grundlage für eine Lösung. Ein Haushalt, der kein Wirtschaftswachstum mehr initiiere, wäre eine fatale Entwicklung.

Der Wirtschaftshaushalt, stellt **Minister Schwanhold** klar, sei keineswegs Makulatur. Wer die Kürzungen betrachte, müsse berücksichtigen, dass etliche EU-Programme in naher Zukunft ausliefen. Insofern würden die bisher zur Kofinanzierung im Landeshaushalt bereitgestellten Mittel an der Stelle gestrichen. In der Tat wäre es in einer konjunkturschwachen Phase fatal, wenn in den Segmenten, die der Förderung der Wirtschaft und der technologischen Entwicklung dienten, nicht die richtigen Signale gesetzt würden. Der vorgelegte Entwurf verteidige allerdings sowohl die Förderung der Wirtschaft wie auch die technologische Entwicklung.

Dr. Gerhard Papke (FDP) macht bei der Gelegenheit darauf aufmerksam, dass die CDU-Fraktion mit der Förderung des Bergbaus die Hälfte des Wirtschaftshaushalts bis zum Jahr 2005 sichere. - Gebe es über die Nachricht, dass das REN-Programm auslaufe, weitergehende Überlegungen, die der Ausschuss zur Kenntnis nehmen könne?

Minister Schwanhold gibt zu bedenken, dass die Beschlüsse - auch aus der SPD-Fraktion - letztendlich noch in den Fachausschüssen zur Beratung und Beschlussfassung anstünden. Zu gegebener Zeit solle über das vom Abgeordneten Papke in die Diskussion gebrachte Thema diskutiert werden.

3 Aktuelle Viertelstunde:

Landesbürgerschaft für die LTU

Für die Landesregierung berichtet **Ernst Schwanhold, Minister für Wirtschaft, Energie und Verkehr**: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Sie wissen, dass wir uns mit diesem Thema in einem ausgesprochen sensiblen Bereich bewegen. Das auch angesichts der auf dem Spiel stehenden Arbeitsplätze und der Tatsache, dass internationale Fluglinien für